



Presseschau vom 28.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass* in Rot (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen* in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Ulrich Heyden: "Um Alexei Nawalny zu würdigen": Jürgen Trittin will Immobilien "korrupter Russen" beschlagnahmen

Der Grüne Jürgen Trittin will den "Anti-Korruptions-Kampf" des russischen Nationalisten Alexei Nawalny fortsetzen und Immobilien russischer Politiker in der EU beschlagnahmen lassen. Die Unschuldsvermutung gilt für Trittin nicht für Russen. Ist das nicht Rassismus? ... <https://de.rt.com/29t5>

deutsch.rt.com: Weiß-rot-weiß statt rot-grün: Telegram schafft weißrussische Staatsflagge ab

Telegram will ab sofort auf das Emoji mit der weißrussischen Fahne verzichten. Stattdessen soll nun die Fahne der Oppositionellen angezeigt werden. Seit Wochen versuchen mehrere Telegram-Kanäle mit Millionenreichweite, die Staatsmacht in Weißrussland zu stürzen. ... <https://de.rt.com/29th>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Bus mit Anhängern der Opposition in Ukraine beschossen – zwei Verletzte

Ein Bus mit Mitgliedern der Organisation „Patrioten – für das Leben“ ist auf dem Weg von Kiew nach Charkow von einer radikalen Gruppierung beschossen worden. Das teilte der

Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) Ilja Kiwa in einem Telegram-Chanel mit.

Nach Angaben des ukrainischen Abgeordneten ist das radikale Freiwilligenbataillon „Asow“, gegen das in Russland bereits ein Strafverfahren eingeleitet wurde, für den Angriff verantwortlich. Die Täter seien mit Maschinengewehren bewaffnet gewesen.

Kiwa hatte zunächst angegeben, bei dem Angriff seien Menschen getötet und einige Personen entführt worden. Der Fernsehsender „NewsOne“ berichtete jedoch später, dass es keine Todesopfer zu beklagen gebe. Allerdings würden zwei Menschen schwere Schusswunden aufweisen. Die Polizei bestätigte gegenüber RIA Novosti, dass es zwei Verletzte gebe. Es werde wegen Vandalismus ermittelt.

In einer Videobotschaft machte Kiwa neben dem Bataillon Asow auch die ukrainische Regierung und Präsident Wladimir Selenski für den Übergriff verantwortlich.

Bei den Businessmenschen handelte es sich um Mitglieder einer Organisation, welche von der ukrainischen Partei „Oppositionsplattform – Für das Leben“ gegründet wurde. Zu den wichtigsten Aufgaben der Bewegung zählen laut Kiwa die Lösung des Ukraine Konflikts, die Schaffung von Recht und Ordnung sowie das Bewahren der historischen Erinnerung.

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 27. August 2020

Trotz der positiven Dynamik der Verhandlungen der Kontaktgruppe zur Regelung des Konflikts im Donbass und eines erheblichen Rückgangs der Feuerprovokationen setzten die ukrainischen Kämpfer die Provokationen an der Kontaktlinie fort und verletzten die Vereinbarungen.

Heute hat die ukrainische Seite ein weiteres Mal den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt, nämlich das Verbot zum Einsatz jeglicher Art von Fluggeräten.

Im Gebiet von Beresowoje wurde eine **Drohne des Typs „Phantom“ beobachtet**, mit deren Hilfe die Kämpfer der 79. Brigade die technische Ausstattung ihrer Positionen kontrollierten und auch versuchten, Aufklärung unserer Positionen zu betreiben.

Im Fall einer weiteren Verletzung des Verbots zum Einsatz jeglicher Art von Fluggeräten, darunter sogenannter „Kampfdrohnen“, behalten wir uns das Recht vor, Waffen zur Vernichtung einzusetzen und in der Folge die OSZE-Mission zu informieren.

Die Verteidiger der Republik sind auf diese Provokationen nicht eingegangen, sie haben das Feuer nicht eröffnet, den Gegner beobachtet und streng das Regime der Feueereinstellung eingehalten.

de.sputniknews.com: Ukraine bricht alle Kontakte mit Weißrussland ab

Die Ukraine hat laut ihrem Außenminister Dmitri Kuleba alle Kontakte mit Weißrussland eingestellt. Die Beziehungen werden laut Kuleba wiederaufgenommen, sobald diese dem Ansehen der Ukraine nicht mehr schaden würden.

„Ich kann Ihnen das offiziell mitteilen. Wir verfolgen die Situation. Und nur wenn wir sicher sind, dass diese Kontakte dem Ansehen der Ukraine moralisch und ethisch nicht schaden, werden sie wiederaufgenommen“, sagte Kuleba in einem Fernsehinterview. ...



https://cdn.de.sputniknews.com/img/32225/14/322251420_0:83:1950:1136_1000x541_800_0_0_819ed22315152f20b2ceeb7bd6a2819e.jpg

de.sputniknews.com: **Proteste gegen Lukaschenko: Dutzende Festnahmen in Minsk**

Die weißrussische Spezialeinheit der Polizei OMON hat in Minsk Proteste gegen den Staatschef Alexander Lukaschenko aufgelöst und Dutzende Menschen festgenommen. Auch zahlreiche Journalisten kamen vorübergehend in Gewahrsam.

Die Sicherheitskräfte mit schwarzen Gesichtsmasken kesselten am Donnerstagabend den Unabhängigkeitsplatz ein, wie ein Reporter der Deutschen Presse-Agentur von der Stelle berichtete. Dort hatten sich Hunderte Menschen trotz eines Demonstrationsverbots friedlich versammelt. Sie riefen „Freiheit!“ und „Uchodi!“ („Hau ab!“). Die Menschenrechtsorganisation Wesna in Minsk sprach am Abend von rund 150 Festnahmen. Vor allem Männer wurden in Gewahrsam genommen und in Gefangenentransportern weggefahren. Die OMON-Leute waren mit großen grünen Mannschaftswagen ohne Nummernschilder in Hundertschaften angerückt. In Lautsprecherdurchsagen wurde vor der nicht genehmigten Demonstration gewarnt – und offen mit Gewalt gedroht wegen der Teilnahme an der Kundgebung.

Während Männer abgeführt wurden, kamen die Frauen aus dem Kessel wieder frei: Sie zogen über die Straße Unabhängigkeitsprospekt und riefen „kaschdy den, kaschdy den!“ – zu Deutsch: „Jeden Tag, jeden Tag“.

Eingesperrt in einer Kirche

Die Wut der Menschen in Minsk war spürbar, nachdem am Vorabend in der katholischen Kirche auf dem Unabhängigkeitsplatz 40 Minuten lang Menschen von OMON-Kräften festgehalten worden waren.

Aus Protest gegen die Willkür rief die Demokratiebewegung in Belarus Gläubige aller Religionsgemeinschaften zur Kundgebung am Donnerstag gegen den Polizeistaat auf. Hunderte Menschen waren dem Aufruf gefolgt. Sie sprachen laut Friedensgebete, als die Sicherheitskräfte einschritten.

Seit der umstrittenen Präsidentenwahl vom 9. August gibt es landesweit Proteste und Streiks in den Staatsbetrieben. Die Proteste richten sich gegen Lukaschenko, der das Land seit 26 Jahren mit harter Hand führt. Die Demonstrierenden fordern seinen Rücktritt und faire Neuwahlen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1b/327815444_0:67:3450:1933_1000x0_80_0_1_145be79e047099d4c051e92d03378468.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: US-Militär informiert: Russisches U-Boot vor Alaska aufgetaucht – Quelle kommentiert Ereignis

Ein russisches U-Boot soll laut US-Militärs in der Nähe von Alaska aufgetaucht sein. Eine Quelle in der russischen Pazifikflotte kommentierte die Situation.

Via Twitter hatte das Nördliche Kommando der Vereinigten Staaten (NORTHCOM) über ein russisches U-Boot nahe Alaska berichtet. Wörtlich hieß es dazu: „Das Hauptquartier des NORAD (Nordamerikanisches Luftverteidigungskommando – Anm. d. Red.) und NORTHCOM beobachten aufmerksam das russische U-Boot, das heute nahe Alaska aufgetaucht ist. Wir behalten Schiffe im Auge, die ein Interesse darstellen, darunter auch die Schiffe der ausländischen Marine, in unserem Verantwortungsbereich.“

Die aktuelle Marine-Aktivität Russlands finde im internationalen Gewässer weit vom Territorialgewässer der USA entfernt statt. „Wir haben keine Hilfesuche seitens der russischen Marine oder anderer Seeleute in dieser Region bekommen“, hieß es ferner. „Wir sind immer bereit, jenen zu helfen, die in Not sind.“

Eine Quelle in der russischen Pazifikflotte teilte gegenüber Sputnik mit, dass es sich bei dem vor Alaska aufgetauchten U-Boot um das Atom-U-Boot „Omsk“ handle.

„Das ist das russische Atom-U-Boot ‚Omsk‘, das sich an einem Manöver beteiligt“, so die Quelle.

Es gebe keine Notsituation an Bord.

Am Donnerstag hatte die Pazifikflotte mitgeteilt, dass im Rahmen der Übungen „Ozeanschild 2020“ der Lenkwaffenkreuzer „Warjag“ und das U-Boot „Omsk“ gemeinsame Raketenschießübungen im Gewässer des Beringmeers durchgeführt hätten.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32625/13/326251353_0_1_46691a23a487506a085367500e968569.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZK: Am 27. Augst 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Trumps Wahlversprechen: Erste Frau auf dem Mond und US-Flagge auf dem Mars**

US-Präsident Donald Trump, der am Donnerstag seine Nominierung als Präsidentschaftskandidat angenommen hat, will bei seiner Wiederwahl die erste Frau auf den Mond bringen und die amerikanische Flagge auf dem Mars hissen lassen.

„Wir werden eine neue Ära der amerikanischen Führerschaft im Weltraum einleiten“, versprach Trump in seiner Nominierungsansprache zum Parteitag der Republikaner auf dem Rasen des Weißen Hauses in Washington.

„Amerika wird die erste Frau auf den Mond schicken und als erste Nation seine Flagge auf dem Mars hissen.“

Bei der US-Präsidentenwahl am 3. November wird Trump gegen Joe Biden antreten, der vor rund einer Woche als Kandidat der Demokraten nominiert worden war.

Die Trump-Administration hatte mit Artemis ein neues Mond-Programm auf den Weg gebracht. Dabei geht es nicht nur um die Rückkehr zum Mond, sondern auch um die Errichtung einer dauerhaften Präsenz auf dem Trabanten – als Zwischenstufe für bemannte Mars-Flüge.

Benannt wurde das neue Mondprogramm nach der altgriechischen Göttin der Geburt und des Mondes und der Zwillingschwester des Gottes Apollon, zu dessen Ehren das erste Mondprogramm der USA getauft worden war.

Die Nasa arbeitet an der mondnahen Raumstation Gateway, die den Mond umkreisen und den Raumfliegern als Zwischenstopp für Mondlandungen dienen soll, und will bei dem Programm mit anderen Staaten kooperieren.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32562/65/325626552_0:180:1920:1219_1000x0_80_0_1_f6f6a05fbeac746b08aaf834a19ab118.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 27. August 3:00 Uhr bis 28. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

Gleichzeitig wurden folgende Fälle von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt: Um 6:15 Uhr wurde die Durchführung von technischen Arbeiten auf den Positionen der BFU in der Nähe von Schumy registriert.

Um 18:05 Uhr wurde der Flug einer Drohne der BFU im Gebiet von Beresowoje beobachtet. Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: An Grenze zwischen Oblast Leningrad und Estland werden Trutzburgen wiedererrichtet

Die Behörden des Gebiets Leningrad und Estlands haben sich auf eine Kooperation bei dem Wiederaufbau von zwei historischen Objekten auf dem Gelände der Festungen in Iwangorod und Narva geeinigt: nämlich des Großen Pulverlagers und der „Kristerval“-Bastion. Das gab der Pressedienst der Verwaltung des Gebiets Leningrad bekannt.

Einem Sprecher zufolge wird das Projekt unter dem Namen „Entwicklung eines einmaligen Grenz-Ensembles der Festungen von Narva und Iwangorod als einheitliches Kultur- und Tourismusobjekt“ unter Mitwirkung des Komitees für Kultur und für auswärtige Kontakte des Gebiets Leningrad umgesetzt.

Die erste Phase des Projekts war bereits von 2012 bis 2015 umgesetzt worden. Damals befassten sich russische und estnische Experten mit dem Wiederaufbau des Kleinen Pulverlagers auf dem Gelände der Festung Iwangorod und der Kasematten in Narva.

Die zweite Phase des Projekts wird im Rahmen des Programms der Russland-EU-Grenzkooperation „Russland-Estland 2014-2020“ verwirklicht. Aktuell finden die Arbeiten hauptsächlich im Großen Pulverlager statt, wo künftig eine neue Museumsausstellung untergebracht wird, sowie auf dem Gelände um das Lager.

„Die neue Museumsausstellung im Großen Pulverlager wird aus fünf thematischen Teilen bestehen, die den Besuchern über die Kriege erzählen werden, mit denen die Festung Iwangorod fest verbunden ist, über die Kultur Iwangorods, über die gemeinsamen Kapitel der Geschichte Iwangorods und Narvas“, so der Sprecher der Verwaltung des Gebiets Leningrad.

„Hier werden auch Workshop-Räume und Museumsdepots eingerichtet.“
Auf dem Gelände der Festung Narva soll die „Kristerval“-Bastion wiederaufgebaut werden, wo künftig eine thematische Ausstellung zu bewundern sein wird.
Das Projekt sieht auch vor, dass in Iwangorod im kommenden Jahr die Fassaden von Wohnhäusern renoviert werden, die als Objekte des Kulturerbes gelten.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1c/327818238_0:0:3000:1624_1000x541_80_0_0_62f0b437d2e1d0dd43797b24cb25a59d.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 28. August um 9:00 Uhr 659 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Davon wurden bisher 613 Personen nach zweifachen negativen Tests als gesund entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 17 Todesfälle.

deu.belta.by: Aufrufe zu Streiks bergen den Wunsch, belarussische Industrie und Landwirtschaft zu zerstören

Aufrufe zu Streiks bergen den Wunsch, die belarussische Industrie und Landwirtschaft zu zerstören. Diese Meinung sprach Leiter des Expertenrates des russischen Fonds für strategische Entwicklung Igor Schatrow aus.

„Die belarussischen Arbeiter werden bald verstehen, dass die europäische Wirtschaft die belarussische Industrie nicht braucht. Sogar kleine Betriebe im Ostseestaaten wurden zerstört. Niemand braucht Konkurrenz. Die Europäer würden die belarussische Industrie ruinieren. Dasselbe würde auch die Landwirtschaft erwarten“, ist der Experte überzeugt.

Mzdnr.ru: Am 27. August wurden in der DVR 32 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 10 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Am 28. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2478 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1144 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1198 als gesund entlassen, es gibt 136 Todesfälle. Zum Stand am 28. August wurden Coronavirusinfektionen bei 123 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: EU-Außenminister streiten über Weißrussland-Sanktionen

In der EU gibt es heftigen Streit über den Umgang mit der Türkei und Sanktionen gegen

Weißrussland. Bei einem EU-Außenministertreffen in Berlin machten die baltischen Staaten am Donnerstag deutlich, dass sie die bisherigen EU-Pläne für Strafmaßnahmen gegen Unterstützer des weißrussischen Staatschefs Alexander Lukaschenko für unzureichend halten. Zugleich drohte Zypern indirekt mit einem Veto gegen Weißrussland-Sanktionen, wenn nicht auch der Druck der EU auf die Türkei im Erdgasstreit erhöht wird. Neue Sanktionen gegen die Türkei halten allerdings Länder wie Deutschland für derzeit unangebracht, um Bemühungen zur Beilegung des Konflikts um Erdgas-Erkundungen der Türkei im östlichen Mittelmeer nicht zu gefährden.

„Wir brauchen eine diplomatische Lösung für diesen Konflikt“, kommentierte Bundesaußenminister Heiko Maas.

Der zyprische Außenminister, Nikos Christodoulidis, hielt hingegen die Drohkulisse aufrecht. „Wir wollen nicht, dass es doppelte Standards gibt“, sagte er zur Frage, ob sein Land Weißrussland-Sanktionen ohne neue Türkei-Sanktionen zustimmen würde. Im Konflikt mit Ankara stehe Europas Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Es gehe dabei nicht nur um die EU-Länder Griechenland und Zypern, sondern auch um die Interessen der ganzen Union. Ähnlich äußerte sich der litauische Außenminister, Linas Linkevicius, mit Blick auf die Weißrussland-Sanktionen. „Das hat was mit der Glaubwürdigkeit der EU zu tun“, sagte er und bezeichnete Pläne, im ersten Schritt lediglich 15 bis 20 Personen zu sanktionieren, als „zu symbolisch“.

„Das ist definitiv nicht ausreichend. Das ist keine ernsthafte Reaktion“, sagte Linkevicius. Die drei baltischen Staaten sind inzwischen schon vorgeprescht und haben nationale Sanktionen gegen die Führung in Minsk verhängt.

Erwartet wurde, dass die Außenminister bei ihrem Treffen in Berlin eine politische Grundsatzvereinbarung über eine Liste mit Personen aus Weißrussland erzielen, gegen die wegen der Beteiligung an mutmaßlichen Wahlfälschungen und Polizeigewalt Einreiseverbote und Vermögenssperren erlassen werden sollen. Präsident Alexander Lukaschenko selbst wird wohl nicht auf der Liste stehen. Es galt als unwahrscheinlich, dass ein solch weitgehender Schritt von allen 27 Mitgliedstaaten mitgetragen wird.

Ein verbindlicher Beschluss kann in Berlin noch nicht fallen, da es sich um ein informelles Treffen der Außenminister handelt. Länder wie Zypern und Griechenland können sich deswegen später immer noch querstellen, um ihren Forderungen nach zusätzlichen Strafmaßnahmen gegen die Türkei Nachdruck zu verleihen. Maas warnte vor einer solchen Verknüpfung: „Wenn wir damit anfangen, werden wir handlungsunfähig als Europäische Union.“ ...

nachmittags:

de.sputniknews.com: EU-Außenminister verständigen sich auf Sanktionen gegen Weißrussland

Die Außenminister der EU-Staaten haben sich auf Sanktionen gegen ranghohe Unterstützer des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko verständigt. Den Betroffenen wird laut dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell vorgeworfen, für Wahlfälschungen und die gewaltsame Niederschlagung von friedlichen Protesten verantwortlich zu sein.

Wie viele Personen betroffen sind, steht noch nicht endgültig fest. Voraussichtlich werde die zuletzt anvisierte Zahl von rund 20 Personen noch einmal erhöht, sagte Borrell am Freitag nach Beratungen der Minister in Berlin.

Mit den Strafmaßnahmen will die EU Druck auf die Führung des Landes aufbauen und ein Zeichen der Solidarität mit den Menschen in Weißrussland setzen. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1c/327820794_0:0:3234:1751_1000x54180_0_0_1b8963fd7dbae36c570e2797ef4b8bf2.jpg

deu.belta.by: **Alexander Lukaschenko verspricht eine Antwort auf westliche Sanktionen**

Auf seiner Arbeitsreise in die Stadt Orscha besichtigte der belarussische Staatschef Alexander Lukaschenko das Milchunternehmen „Sawuschkin-Orscha“ und traf sich mit der Belegschaft des Betriebs. Belarus werde auf mögliche westliche Wirtschaftssanktionen schon zu antworten wissen, versprach er.

„Wir werden ihnen schon zeigen, was es heißt, Sanktionen zu verhängen. Wenn Polen und Litauen bisher ihre Waren über Belarus nach Russland und China transportierten, werden sie das nun über die baltischen Länder oder über das Schwarze Meer tun. Und was die Waren betrifft, gegen die Russland ein Lebensmittel-Embargo eingeführt hat, so werden wir sie in Belarus auch nicht einführen. Wir werden ihnen schon zeigen, was die richtigen Sanktionen sind“, erklärte Lukaschenko.

„Die Menschen im Westen sind übersättigt. Sie haben vergessen, dass es Belarus gibt, das vor nichts Angst hat – weder vor Panzern noch vor Raketen. Niemand wird uns in die Knie zwingen. Mal schauen, wer in dieser Situation mehr Angst haben sollte“, bemerkte er.

Der Staatschef habe die Regierung beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten, um die Güterlieferungen nicht über die litauischen Häfen abzuwickeln. „Belarus transportiert seine Güter über Litauen und leistet somit einen enormen Beitrag zum litauischen Haushalt. Wenn diese Transporte wegfallen, werden wir sehen, wie der Nachbarstaat diesen Verlust verkraften wird. Wir werden sie schon in die Schranken weisen“, fügte er hinzu.

Belarus habe früher die Last von Sanktionen tragen müssen, bemerkte Lukaschenko. „Das haben wir überlebt. Das werden wir wieder überleben. In der Welt gibt es viele gute Menschen. Deshalb braucht uns niemand zu erschrecken“, sagte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1598612050_52303_big.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 22. bis 28. August 2020

Seit dem Inkrafttreten der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, **im Zeitraum vom 27. Juli bis 28. August 2020, haben wir 91 Verstöße von Seiten der BFU festgestellt**, darunter:

20-mal hat der Gegner Feuerprovokationen begangen und so den zweiten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt, nämlich das Verbot zur Eröffnung des Feuers, einschließlich des Scharfschützenfeuers. Das Feuer des Gegners war nicht zielgerichtet und stellte keine Gefahr für unsere Verteidiger und die Einwohner der Republik dar.

18-mal haben Einheiten der 24., 53. mechanisierten Brigade, der 35., 36.

Marineinfanteriebrigade und der 79. Luftsturmgrade **Drohnen eingesetzt**, was eine grober Verstoß gegen den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands ist, nämlich des Verbot zum Einsatz jeglicher Art von Fluggeräten.

Außerdem haben unsere Beobachter **53 Fälle der Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen** von Einheiten der 24., 53. mechanisierten Brigade, der 35. und 36. Marineinfanteriebrigade, der 79. Luftsturmgrade und der 56. Panzergrenadierbrigade bemerkt, was auch eine Verletzung der Zusatzmaßnahmen ist, nämlich des Verbot von Versuchen, die Ausgangspositionen der Stationierung der Truppen zu verändern, und der zusätzlichen technischen Ausrüstung von Positionen.

Außerdem haben Beobachter der OSZE-Mission solche Verstöße der ukrainischen Seite in den Berichten vom 29. Juli bis zum 28. August 2020 erfasst. Insgesamt haben sie die Ausrüstung von fünf Feuerpositionen und 26 Schützengräben mit einer Gesamtlänge von 3 Kilometern festgestellt. So nutzt das ukrainische Kommando das Regime der Feuereinstellung zur faktischen Verbesserung seiner Positionen.

Neben Feuerprovokationen missachteten die ukrainischen bewaffneten Formationen die Umsetzung des gesamten Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung, der von den Vertretern der ukrainischen Seite in der Kontaktgruppe vereinbart und unterzeichnet worden ist.

Unsere Aufklärung bestätigt Fälle der **Stationierung von Waffen und Technik durch die BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium, was eine Verletzung der bestehenden Maßnahmen ist und das Leben und die Gesundheit friedlicher Einwohner gefährdet.

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung Fälle von Stationierung von 21 Stück Technik der BFU festgestellt:

aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade:

in Kalinowo – zwei Abwehrraketenkomplexe „Osa“ auf einer Gartenparzelle;

in Belaja Gora – drei Schützenpanzer in einem Wohngebiet und drei Schützenpanzerwagen;

aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:

in Nowobachmutowka – zwei Schützenpanzerwagen auf einer Gartenparzelle;

in Pantelejmonwoka – ein Schützenpanzer an einem Wohngebiet;

aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade:

in Tschtyj Kljutsch – ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet;

in Karlowka – ein Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses;

aus dem Bestand der 79. Luftsturmgrade:

in Newelskoje – zwei Schützenpanzer und einen Panzerschlepper auf einer Gartenparzelle;

in Marjinka – ein Schützenpanzer;

aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:
in Bogdanowka – drei Schützenpanzer in einem Wohngebiet;

aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:
in Lebedinskoje – ein getarntes Abwehrgeschütz auf einer Gartenparzelle.

Unter Nutzung des Waffenstillstands setzten die bewaffneten Formationen die ungeordnete Verminung des Territoriums fort. In der letzten Woche hat der Gegner insgesamt 42 Antipanzerminen (TM-62) installiert und damit eine Fläche von etwa 510 Quadratmetern in der Umgebung von Peski und Opytnoje im Verantwortungsbereich der 56. Panzergrenadierbrigade vermint.

Um die Entdeckung von Technik im Verantwortungsbereich der 36. Brigade durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern wurden zwei mobile Gruppen aus dem 305. Bataillon für elektronische Kriegsführung eingesetzt, die die Aufgabe hatten mit Stationen R-934B und „Bukowel-AD“ Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Wodjanoje, Lebedinskoje und Tschermalyk zu blockieren, im Verantwortungsbereich der 53. Brigade hat der Gegner Mittel der elektronischen Kriegsführung im Gebiet von Bogdanowka eingesetzt.

Die oben genannten Sachverhalte stellen eine Gefahr für die Sicherheit von Zivilisten und internationalen Beobachtern dar und führen zu einem Scheitern des geltenden Waffenstillstands. Wir rufen die Führung der OSZE-Mission auf, von der ukrainischen Seite die Erfüllung der Regelungen der von ihnen unterzeichneten Vereinbarungen zu erreichen.

Das Kommando der bewaffneten Formationen der Ukraine verheimlicht weiter **nicht kampfbedingte Verluste**. So betrogen nach offiziellen Angaben des Stabs der OOS die Verluste der Kämpfer im Zeitraum vom 22. bis 28. August zwei Verletzte. Nach Angaben unserer Aufklärung dagegen betrogen die nicht kampfbedingten Verluste des Gegners in der letzten Woche sieben Kämpfer, darunter ein Toter, im einzelnen:

am 21. August erlitt bei Übungen zur Schießausbildung auf dem Übungsplatz Ursuf der Kommandeur einer Kompanie im 1. Marineinfanteriebataillon der 36.

Marineinfanteriebrigade eine Schussverletzung am linken Bein;

am 22. August erlitt der Kommandeur eines Zugs der 36. Marineinfanteriebrigade, Leutnant Shuk, in Mariupol bei einem Verkehrsunfall zahlreiche Abschürfungen und einen Schlüsselbeinbruch;

am 24. August stolperte der Soldat Slobodenjuk bei technischen Arbeiten im Gebiet von Showanka in betrunkenem Zustand und fiel in einen auszurüstenden Schützengraben, dabei erlitt er zahlreiche Knochenbrüche an den unteren Gliedmaßen;

am 24. August wurde aufgrund von Verletzungen der Sicherheitsanforderungen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf den Positionen des 501. Bataillons der 36.

Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Lebedinskoje ein Brand provoziert, dabei erlitt ein Soldat verschiedene schwere Brandverletzungen;

am 25. August verursachten Soldaten auf den Positionen eines Luftsturmbataillons der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Wodjanoje aufgrund der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen einen Brand, dadurch starb ein Soldat, zwei wurden verletzt.

In der letzten Woche wurde in offiziellen Erklärungen der ukrainischen Seite kein einziger Verlust von Kämpfern genannt, mit Ausnahme dessen, dass zwei Soldaten auf eigene Minensperren gerieten. Dies ist ein weiterer Versuch, Todesfälle und Verletzungen zu verheimlichen, und beweist die Verlogenheit der ukrainischen Militärführung, die über Fälle von Verletzung von ukrainischen Soldaten nur dann berichtet, wenn es nötig, ist die Volksmiliz fälschlich der Verletzung des geltenden Waffenstillstands und der Beschüsse von Positionen der ukrainischen Streitkräfte zu beschuldigen.

Die vom Kommando der OOS unternommenen **Maßnahmen zur Verbesserung des moralisch-psychischen Zustands in den unterstellten Verbänden und Truppenteilen haben nicht das erwünschte Ergebnis erbracht.**

In der OOS-Zone arbeitet eine operative Gruppe unter Führung des Leiters der Abteilung für moralisch-psychische Versorgung der OOS Oberst Danischtschuk. Aufgaben der Gruppe sind die Sammlung von Informationen über Ursachen des Absinkens des moralisch-psychischen Zustands unter der ukrainischen Kämpfern.

Von unseren Quellen im Stab der OOS wurde bekannt, dass Mitarbeiter der Gruppe nach einer Woche der Arbeit im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eine Menge von Fällen des eigenmächtigen Verlassens des Truppenteils und Umgehung der Fortsetzung des Dienstes entdeckt haben, aber gezwungen waren den Stationierungsort der Brigaden zu verlassen, wobei sie sich auf die Gefahr einer Infektion mit dem Coronavirus bezogen.

Tatsächlich war die Ursache, dass **in allen Verbänden und Truppenteile eine massenhafte Nichtunterordnung von Soldaten unter die Befehle der Kommandeure, Alkohol- und Drogenkonsum** zu beobachten sind. Dadurch gibt es Auseinandersetzungen und eigenmächtiges Verlassen des Truppenteils.

In einem der Berichte der Gruppe an den Kommandeur der OOS waren folgende unerfreulichen Informationen zu finden:

in der 56. Panzergrenadierbrigade – 17 Fälle von Alkohol- und Drogenkonsum bei der Ausführung der dienstlichen Obliegenheiten;

in der 79. Luftsturmbrigade – acht Fälle von Drogenkonsum durch Soldaten, 14 Fälle von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen und mehr als zehn Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils;

in der 53. mechanisierten Brigade – es wurden drei Fälle von Besitzung und Verbreitung von Drogen sowie zwei Fälle von Verkauf von militärischem Material festgestellt.

Die Kommission stellte fest, dass die kritischste Lage in der 36. Brigade der bewaffneten Formationen der Ukraine besteht. In dem Verband sind Fälle von massenhaftem Konsum von alkoholischen Getränken, das Verlassen der Positionen durch ukrainische Kämpfer sowie Plünderungen festzustellen.

Auf dem Territorium der Ukraine kommt die zweite Welle der Coronaviruspandemie weiter in Gang. Wir unsererseits verfolgen aufgrund von Informationen von Freiwilligen aufmerksam die realen Daten über die Zahl von infizierten Soldaten in den Verbänden in der OOS-Zone.

Derzeit sind im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ 125 Fälle von Coronaviruserkrankungen bestätigt, darunter 82 in der 56. Brigade, 27 in der 53. und 16 in der 79.

Die schwierige epidemiologische Lage in den BFU wird durch das Fehlen der notwendigen medizinischen Ausrüstung und von individuellen Schutzmitteln verschlechtert, gar nicht davon zu reden, dass in den Truppenteilen und Verbänden einfach keine Maßnahmen zur Verhütung der Ausbreitung der Infektion erfolgen.

Das Problem der Ausbreitung der Coronavirusinfektion in den Einheiten der BFU wird durch ein Defizit an Schutzmasken und Antiviruspräparaten vertieft. Die Kommandeure der Einheiten sind gezwungen sich um Hilfe an Freiwillige zu wenden, aber das von diesen übergebene Material wird gestohlen und nahe gelegene Apotheken zum Weiterverkauf verkauft.

Wie bisher vervollkommen die Einheiten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik im Zeitraum der Geltung des Regimes der Feuereinstellung weiter ihre Fertigkeiten auf Übungsplätzen in einer Entfernung von der Abzugslinie für schwere Waffen, die nicht die Minsker Vereinbarungen verletzt. So wurden in der letzten Woche Wettbewerbe für Schützenpanzermannschaften durchgeführt. Die Teilnehmer wetteiferten in der Überwindung eines Hindernisparcours, der Schlangenlinien, Minensperren, eine Gleisbrücke und Antipanzergräben enthielten. Außerdem demonstrierten die Mannschaften ihre Fertigkeit im Schießen mit Schützenpanzergeschützen und Maschinengewehren.

Außerdem endete auf dem Übungsplatz „Tores“ der Donezker Volksrepublik die Abschlussetappe der republikübergreifenden Wettbewerbe von Panzermannschaften mit einem Sieg des Teams der Lugansker Volksrepublik. Bei den Wettbewerben überwand die Mannschaft einen Hindernisparcours, schossen mit Panzergeschützen auf Ziele. Die Auszeichnung überreichte das Oberhaupt der DVR D. Puschilin den Panzersoldaten. Die Wettbewerbe von Panzermannschaften waren dem 75. Jahrestag des Sieges des sowjetischen Volks im Großen Vaterländischen Kriegs und dem bevorstehenden Tag der Befreiung des Donbass gewidmet. Die Panzersoldaten zeigten ein weiteres Mal ihre Professionalität und Fähigkeit, die Republiken gegen die ukrainischen Besatzer zu verteidigen.

deu.belta.by: **Belarus wird als erstes Land russischen Impfstoff gegen Coronavirus erhalten**

Belarus wird als erstes Land den russischen Impfstoff gegen das Coronavirus bekommen. Darüber verständigten sich die Staatshäupter. Das erzählte der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, heute während des Treffens mit Mitarbeitern des Käsebetriebs „Sawuschkin-Orscha“, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

„Wir vereinbarten es mit Putin. Er selbst bot uns diese Variante an. Die Impfstoffe durchliefen bereits zwei Teststufen. Das Gamaleja-Institut (Staatliches Forschungsinstitut für Immunologie, Virologie, medizinische Mikrobiologie, Epidemiologie und Biotechnologie N.F. Gamaleja – Anm. BelTA) produziert dieses Vakzin. Ich glaube an ihn (Staatshaupt Russlands – Anm. BelTA). Er hat diesen Impfstoff an seiner Familie getestet. Wir haben uns also darauf geeinigt, dass sie uns den Impfstoff geben. Sie haben die Tests sehr ernsthaft durchgeführt. Viele berühmte Oligarchen haben diesen Impfstoff bekommen“, sagte Alexander Lukaschenko.

Seinen Worten zufolge haben viele Länder bereits Verträge mit Russland unterzeichnet, um den Impfstoff zu kaufen, wenn seine Massenproduktion nach der dritten Testphase beginnt. „Präsident Putin hat mir versprochen, dass Belarus als erstes Land den Impfstoff erhält, wenn unsere Führung einen solchen Wunsch hat. Es gibt also keinen Grund zur Sorge. Wir werden natürlich nicht nur den russischen Impfstoff ausprobieren. Wir werden auch die anderen kaufen. Aber wir sollten zugutehalten, dass Russen, Chinesen und Amerikaner bei der Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen führend sind“, sagte der belarussische Staatshaupt.

Das Staatsoberhaupt ist davon überzeugt, dass Russland einen guten Impfstoff produziert hat.

vk-Seite der Volksmiliz der LVR (weil die Seite mil-lnr.info derzeit nicht funktioniert; Anm. d. Übers.): **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A.**

Osadtschij über die Situation an der Kontaktlinie vom 22. bis 28. August 2020

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In den letzten 24 Stunden wurden keine Feuerprovokationen von Seiten der BFU festgestellt, aber es wurden **zwei Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung bemerkt.

Kämpfer der 25. Brigade haben ein weiteres Mal den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen verletzt, nämlich das Verbot zum Einsatz jeglicher Art von Fluggeräten. Im Gebiet von Stschastje wurde der Flug einer Drohne des Typs „Phantom“ bemerkt, mit deren Hilfe Kämpfer des 2. Luftsturmbataillons der 25. Brigade die Tarnung ihrer Positionen überprüften und versuchten Aufklärung unserer Positionen zu betreiben.

Außerdem haben Kämpfer der 30. Brigade in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen auf Befehl des Kriegsverbrechers Garas 3km nordöstlich von Solotoje-4 technische Arbeiten zur Ausrüstung ihrer Positionen durchgeführt. OSZE-Beobachter bemerken in diesem Gebiet die Verlängerung von zwei Schützengräben um 100 bzw. 20

Metern.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Kämpfer achtmal die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung verletzt. Es handelt sich um sieben Fälle von technischen Arbeiten und einen Fall des Einsatzes einer Drohne ... **Seit Inkrafttreten des Regimes der Feueereinstellung** am 27. Juli 2020 wurden von Seiten der BFU **38 Verstöße festgestellt.** Darunter sind elf Feuerprovokationen, vier Fälle von Einsatz von Drohnen und 23 Fälle von technischen Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen. In der Folge dieser Verstöße von Seiten der ukrainischer Kämpfer starb ein Verteidiger der Republik und zwei wurden verletzt.

Unsere Aufklärung entdeckt weiter **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Wohngebieten,** was den dritten Punkt der Zusatzmaßnahmen verletzt. In der letzten Woche wurde folgende Stationierung von Militärtechnik durch die ukrainischen Besatzer festgestellt:

in Stschastje – zwei Panzertransporter;

in Lopaskino – ein Panzertransporter;

in Krymskoje – ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug und ein technisches Gerät....

Die ukrainischen Soldaten sind weiterhin Hauptversuchsfeld für soziale Experimente verschiedener Art. Nach operativen Informationen wurde uns bekannt, dass ein neues Wirtschaftsprojekt zur Eintreibung von Schulden bei der Bevölkerung in erster Linie an Soldaten der ukrainischen Streitkräfte erprobt werden wird. Das Ministerium zur Entwicklung der Gemeinden und Territorien erarbeitet aktiv einen **Gesetzentwurf, der die Einbehaltung von 25% der Löhne zum Zwecke der Tilgung von Schulden derjenigen, die Rückstände bei kommunalen Zahlungen haben, vorsieht.** Außerdem wurde bekannt, dass die von Oligarchen kontrollierte Regierung Selenskij die Einführung solcher Gesetze auch für Schuldner bei Krediten in privaten Banken vorsieht. Außerdem sieht der Entwurf neben der Einbehaltung eines Viertels des Lohnes auch eine mögliche Einziehung des Vermögens der Schuldner vor. ...

de.sputniknews.com: **Gesundheitszustand von Alexej Nawalny stabil – Charité**

Der Gesundheitszustand von Alexej Nawalny, der seit dem letzten Wochenende in der Charité in Berlin behandelt wird, ist stabil. Laut der Universitätsklinik befindet sich der Patient weiterhin im künstlichen Koma und wird künstlich beatmet.

„Der Patient befindet sich weiterhin auf einer Intensivstation im künstlichen Koma und wird maschinell beatmet. Sein Gesundheitszustand ist unverändert ernst, ohne das akute Lebensgefahr besteht. Nach wie vor sind eventuelle Langzeitfolgen der schweren Vergiftung des Patienten nicht absehbar“, teilte die Charité mit. Darüber hinaus sei die Symptomatik der durch eine Cholinesterase-Hemmung ausgelösten cholinergen Krise rückläufig.

Die behandelnden Ärzte seien mit der Ehefrau von Alexej Nawalny in engem Austausch, hieß es weiter. Im Einvernehmen mit seiner Ehefrau geht die Charité davon aus, dass die öffentliche Mitteilung zum Gesundheitszustand in seinem Sinne ist.

Am Samstag wurde Nawalny per Flugzeug in die Berliner Charité überführt. Wie es am Montag in der Charité hieß, soll es Anzeichen für eine Vergiftung mit einer Substanz aus der Wirkstoffgruppe der Cholinesterase-Hemmer geben. Da noch kein genauer Befund vorliege, werde eine weitere umfassende Analyse vorgenommen. Es wurde mitgeteilt, dass Nawalny mit Atropin behandelt wird. Er liege weiter im künstlichen Koma und sei außer akuter Lebensgefahr. ...

dnronline.su: **Bei einem Treffen mit dem Aktiv der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ am 27. August antwortete das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin auf eine Reihe von Fragen.**

Unter anderem ging es um die Aufhebung der Reisebeschränkungen zwischen der DVR und

der LVR.

„Es ist eine Aufhebung der Beschränkungen geplant. Ich habe unser Außenministerium beauftragt, die Frage der Zusammenarbeit zu klären, damit es die Möglichkeit eines freien Verkehrs für die Einwohner der DVR und der LVR gibt“, teilte Denis Puschilin mit. Außerdem ging Puschilin auf die Probleme bei der Ausgabe von Pässen ein, wobei es inzwischen Wartezeiten bis 2023 gibt.

„Diese Situation ist nicht hinnehmbar. Ich weiß, dass es viele Antragsteller gibt, aber es muss alles Mögliche getan werden, um den Prozess zu beschleunigen.

Die Personalabteilungen aller Ministerien und Behörden müssen maximal einbezogen werden, um Konsultationen durchzuführen und Dokumente zu kontrollieren, die dann zum Migrationsdienst nicht nur für die Mitarbeiter, sondern auch für ihre Familien gegeben werden.

Wir planen auch die Zeit für die Kontrollen der Dokumente zu verringern und die einheitlichen Registrationszentren in die Arbeit einzubeziehen. Die Situation muss in Ordnung gebracht werden“, unterstrich Denis Puschilin.

de.sputniknews.com: **Dänemark: Geheimdienst soll eigene Bürger ausspioniert und Daten mit USA geteilt haben**

Ein schwerer Geheimdienstskandal erschüttert Dänemark. Wie aus dem Watchdog-Bericht und den Enthüllungen von Whistleblowern hervorgeht, hat der dänische Auslandsgeheimdienst FE offenbar gesetzwidrig Daten der eigenen Bürger gesammelt, die Behörden belogen und mit dem amerikanischen Geheimdienst NSA zusammengearbeitet. Im Rahmen dieser „streng geheimen“ Zusammenarbeit hat die dänische Seite den Amerikanern offenbar freien Zugang zu persönlichen Telefongesprächen und Nachrichten gewöhnlicher Dänen gewährt, berichtete Danmarks Radio (DR) unter Berufung auf die als „Whistleblower“ bezeichneten Quellen.

Die NSA hätte große Mengen an Rohdaten von einem Kommunikationskabel sammeln können, das für Telefonanrufe, Internet und SMS verwendet wurde und möglicherweise private Daten enthielt.

Hintergrund der heftigen Diskussionen ist ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Aufsichtsbehörde Intelligence Service Inspectorate (TET), in dem festgestellt wurde, dass der dänische Geheimdienst möglicherweise eine Reihe von Straftaten begangen habe, darunter illegale Überwachung und Zurückhalten von Informationen für die Kontrollstelle zwischen 2014 und 2020.

„Der militärische Geheimdienst hat der Aufsichtsbehörde wichtige und entscheidende Informationen vorenthalten sowie falsche Informationen über Angelegenheiten vorgelegt“, schrieb die Aufsichtsbehörde in ihrem Bericht.

Darüber hinaus soll der FE einen Mitarbeiter der Aufsichtsbehörde ausspioniert sowie Informationen über dänische Staatsbürger gesammelt haben.

Anfang dieser Woche wurde FE-Chef Lars Findsen zusammen mit zwei Kollegen bis auf weiteres vom Dienst suspendiert, nachdem er von einem Watchdog einer Reihe von Straftaten beschuldigt worden war, darunter Verstöße gegen Datenschutzgesetze, Zurückhalten von Informationen und irreführende Ermittlungen gegen die Organisation.

Um herauszufinden, ob Informationen an die US-Geheimdienste weitergegeben wurden, wurde eine umfassende Untersuchung eingeleitet.

Der FE sei in erster Linie mit ausländischen Geheimdiensten, militärischer Sicherheit und nationaler IT-Sicherheit beauftragt, im Gegensatz zum Police Intelligence Service (PET), der für inländische Geheimdienste und Sicherheit zuständig sei.

Laut dem Rechtsprofessor Jens Elo Rytter von der Universität Kopenhagen dürfe die FE Informationen relativ frei an die Geheimdienste anderer Länder weitergeben, wenn diese keine Personen mit Wohnsitz in Dänemark betreffen.

Dänische Kommentatoren bezeichneten den Skandal als „höchst ungewöhnlich“, während die FE – wie Trine Maria Ilsø, Rechtskorrespondentin von Danmarks Radio, dies beschrieb – „benommen“ blieb. Dies deutet darauf hin, dass der Vorfall „die Form und Gestalt von etwas hat, das sehr groß sein könnte“ und die Rolle von Whistleblowern betont.

Die NSA ist zusammen mit der CIA das Rückgrat des US-Geheimdienstsystems. Während die CIA normalerweise Daten über menschliche Agenten sammelt, befasst sich die NSA mit der verdeckten elektronischen Datenerfassung, indem sie alle Formen der elektronischen Kommunikation abdeckt - Post, Telefonanrufe, Chats und SMS eingeschlossen.

Denis-pushilin.ru: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin über die Unzulässigkeit Verstößen durch die BFU bei der Stellung der Truppen im Gebiet von Schumy

Seit der Einführung der von den Seiten unterzeichneten Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung ein ein Monat vergangen. Ein sehr wichtige Errungenschaft dessen sind die 30 ruhigsten Tage in den gesamten sechs Jahren der Kriegshandlungen. Kein einziger Zivilist wurde durch Beschuss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verletzt, kein einziges Wohnhaus und kein einziges Objekt der zivilen Infrastruktur wurde beschädigt.

Natürlich ist das ein positives Signal, aber ich erinnere daran, dass die Ukraine sich auf der Ebene einer internationalen Vereinbarung bereits vor mehr als fünf Jahren verpflichtet hat, das Feuer vollständig einzustellen, und wenn sie ihre Verpflichtungen erfüllt hätte, dann hätte es nicht so viele Opfer, Zerstörungen und andere tragische Folgen im Donbass gegeben.

Gleichzeitig stellen unsere Beobachter des GZKK während des ganzen Monats praktisch jeden Tag Fälle der Verletzung der vereinbarten Zusatzmaßnahmen durch die bewaffneten Formationen der Ukraine fest, nämlich des Verbots zur zusätzlichen technischen Ausrüstung von Positionen, des Verbots zum Einsatz von Drohnen sowie des Verbots zur Stationierung schwerer Waffen in Ortschaften und deren Umgebung.

Besondere Aufmerksamkeit rufen die Verstöße der BFU bei den Truppenstellungen im Gebiet von Schumy hervor, wo der Gegner seine Befestigungen (Schützengräben) zum Bogen der Wasserleitung „Sewerskij Donez – Donbass“ vorschleibt mit der klaren Absicht, sich dort zu verschanzen, sowie am Pilotabschnitt zur Truppenentflechtung im Gebiet von Petrowskoje, wo die OSZE-Mission die Ausrüstung eines neuen Unterstands auf einer ehemaligen Position der bewaffneten Formationen der Ukraine nach Inkrafttreten der Zusatzmaßnahmen feststellt.

Alle Versuche, eine Unterbindung der genannten Verstöße der BFU über den Koordinationsmechanismus unter Heranziehung des GZKK entsprechend Punkt „e“ der Zusatzmaßnahmen zu erreichen, haben nicht zur Beendigung und zur Beseitigung der Verstöße geführt. Außerdem gelang es nicht, diese Frage bei der letzten Sitzung der Kontaktgruppe zu lösen.

Im Zusammenhang damit muss ich darauf aufmerksam machen, dass die ukrainische Seite in den nächsten Tagen aktive Handlungen zur Beseitigung der erfolgten Verstöße unternehmen und spätestens bis zum 3. September 2020 zu der Stellungssituation der Truppen und Befestigungen zum Stand am 22. Juli 2020 zurückkehren muss. Darüber muss eine entsprechende offizielle Mitteilung an das GZKK erfolgen (mit Bestätigung durch die OSZE-Mission, wenn diese zustimmt). Wenn mir bis 22:00 Uhr am 3. September 2020 ein solches Dokument nicht vorgelegt wurde, werde ich gezwungen sein zu äußersten Maßnahmen zu greifen und von Punkt „f“ der Zusatzmaßnahmen geleitet den Einheiten der Volksmiliz einen entsprechenden Befehl erteilen, die Schützengräben und Unterstände der BFU, die nach der Unterzeichnung der Zusatzmaßnahme zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung am 22. Juli 2020 zusätzlich ausgerüstet oder neu geschaffen wurden, zu vernichten, um weitere Angriffshandlungen der Ukraine in Form eines Vorrückens ihrer Positionen und Befestigungen in unsere Richtung zu verhindern.

Im Fall einer erzwungenen Durchführung der genannten Operation wird die Führung der ukrainischen Streitkräfte rechtzeitig über Zeit und Koordinaten ihrer Durchführung informiert werden, damit zur Vermeidung von menschlichen Opfern das Personal von den genannten Befestigungen und Positionen evakuiert werden kann.

Denis Puschilin

Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

de.sputniknews.com: **Spionage-Skandal: Russland antwortet mit Ausweisung von norwegischem Botschaftsberater**

Nach Ausweisung eines russischen Diplomaten vor dem Hintergrund eines Spionage-Skandals aus Norwegen hat Russland Gegenmaßnahmen ergriffen. Laut einer gut unterrichteten Quelle weist Russland einen Berater der norwegischen Botschaft aus.

„Ausgewiesen wird der Berater der norwegischen Botschaft in Russland, Jan Flathe“, so die Quelle.

Das norwegische Außenministerium bezeichnete gegenüber der Agentur RIA Novosti die Ausweisung seines Diplomaten als „vollkommen unbegründet“, da er „gegen keine Regeln verstoßen“ habe.

Das russische Außenministerium verwies hingegen auf das Vorgehen Oslos, das nach Moskaus Ansicht destruktiv sei und sich „unvermeidlich negativ“ auf die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auswirkt.

Die Akkreditierung des Diplomaten läuft in drei Tagen aus. Danach muss er Russland verlassen. Ebenso viel Zeit hat die norwegische Seite für die Abreise eines Mitarbeiters der russischen diplomatischen Mission eingeräumt.

Norwegen hat am Mittwoch einen russischen Diplomaten im Zusammenhang mit einem Spionageskandal ausgewiesen.

Das Außenministerium Norwegens teilte mit, dass der russische Diplomat in der Handelsabteilung der Botschaft tätig gewesen sei und Aktionen durchgeführt habe, die „mit dem diplomatischen Status unvereinbar“ seien. Er sei zur Persona non grata erklärt worden und müsse das Land in Kürze verlassen. Der Name des Diplomaten wurde nicht genannt.

In Norwegen wurde am 15. August nach Angaben des Inlandsnachrichtendienstes PST ein 50-jähriger Mann festgenommen. Er soll sich im Lokal mit einem Mann getroffen haben, vermeintlich einem russischen Agenten.

Dem Mann wird vorgeworfen, über einen langen Zeitraum Kontakt zu einem russischen Agenten gepflegt und Staatsgeheimnisse weitergegeben zu haben. Ihm soll eine Haftstrafe von bis zu 15 Jahren drohen. In dem Fall sei bisher nur eine Person festgenommen worden.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1c/327821003_0:492:2048:1599_1000x080_0_1_ecf20a31cd66f1b126dac3c84a37feb8.jpg

de.sputniknews.com: **Kiew sieht keinen Grund für vollständigen Abbruch der Beziehungen zu Minsk**

Kiew will laut dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba die diplomatischen Beziehungen zu Weißrussland nicht völlig abbrechen. Zuvor hatte die Ukraine die Einstellung der Kontakte zu Minsk angekündigt.

„Es gibt derzeit keinen Grund, die diplomatischen Beziehungen abubrechen, daher planen wir diesen Schritt jetzt sicherlich nicht“, sagte Kuleba bei einem Briefing am Freitag. Er schloss nicht aus, dass der ukrainische Botschafter nach Weißrussland zurückkehren werde – nach Konsultationen und Entscheidungen, auf deren Grundlage sich die Beziehungen zwischen Kiew und Minsk entwickeln würden. Kuleba fügte hinzu, dass nur bilaterale Treffen mit Weißrussland vorläufig eingestellt seien.

Am Donnerstag hatte Kuleba verkündet, dass die Ukraine alle Kontakte mit Weißrussland eingestellt habe. Die Beziehungen würden laut Kuleba wiederaufgenommen, sobald diese dem Ansehen der Ukraine nicht mehr schaden würden. ...

deu.belta.by: **Staatschef erzählt über seine Vereidigung an der weiß-rot-weißen Fahne: „Ich konnte nicht anders“**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat heute einen der Betriebe in Orscha besucht und sich den Fragen der Journalisten gestellt. Er erzählte auch über seinen ersten Amtseintritt, als er an der damaligen weiß-rot-weißen Fahne vereidigt wurde, und sagte, warum er diese Symbole nicht gut findet.

„Niemand braucht mich dafür zu kritisieren. Ein kluger Mensch würde sagen: der Präsident ist eben gesetzestreu. Der Oberste Sowjet hatte diese Fahne im Regierungsgebäude aufgestellt. Niemand hatte für diese Symbole abgestimmt, aber sie wurden von der Mehrheit der national gesinnten Abgeordneten durchgesetzt. Es gibt dazu keine Verschwörungstheorien. Ich konnte damals nicht anders handeln. Ich musste ein Präsident für alle sein und gesetzestreu bleiben. So tat ich es auch.“

Der Staatschef sagte, auf belarussische Parlamentarier werde heute ein enormer Druck ausgeübt. Der Staat werde aber seine Abgeordneten in Schutz zu nehmen wissen. „Man wollte zuerst den Staatschef auf die Probe stellen. Es hat nicht geklappt. Er hat sich als eine harte Nuss erwiesen. Nun ist das Parlament dran. Die Abgeordneten werden nicht nur bedroht, sie werden angegriffen. Wir wissen, wer das tut, und werden es mit ihnen klären. Der Präsident besitzt nicht umsonst mehr Machtbefugnisse und kann nicht nur die Lage kontrollieren, sondern auch das Land und das das Parlament beschützen“, erklärte Alexander Lukaschenko. Nach staatlichen Symbolen gefragt erwiderte Alexander Lukaschenko, für die derzeitige Symbolik habe die Mehrheit der Bürger bei einem Referendum abgestimmt. „Für die aktuellen Symbole haben die meisten Staatsbürger abgestimmt. Und die weiß-rot-weißen Fahnen sind auf den Archivfotos zu sehen, sie hängen links und rechts vom Hitler-Porträt“, fügte er hinzu.

„Die Belarussen nehmen den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg mit besonderer Ehrfurcht wahr. Das ist der größte Besitz des belarussischen Volkes“, erklärte Alexander Lukaschenko.

„Müssen wir etwa zurück zum Faschismus? Unter dieser Fahne wurden sehr viele Menschen in Belarus getötet – Russen, Belarussen, Tataren, Juden. Nicht die Fahne selbst war daran schuld, aber die Täter haben sie genutzt. Deshalb lasst uns weit entfernt von dieser Fahne sein. Unsere heutigen nationalen Symbole sind recht gut, und wir müssen sie auch verwenden“, zeigte sich der belarussische Staatschef überzeugt.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1598625045_52313_big.jpg

de.sputniknews.com: **Türkei verweigerte deutschem Militärtransporter den Überflug**

Die Türkei hat Ende Juli nach Spiegel-Informationen einem Bundeswehrflugzeug den Überflug über ihr Staatsgebiet verwehrt.

Der Vorfall ereignete sich, als ein A310 der Luftwaffe auf dem Weg nach Eriwan war, um dort Angehörige der armenischen Streitkräfte abzuholen. Sie sollten in Deutschland ausgebildet werden. Die Maschine musste zur Basis zurückkehren. Da diese Frage auch später nicht beigelegt werden konnte, musste die Luftwaffe die armenischen Soldaten im August mit einem Flug über Russland abholen.

Nach dem Spiegel-Bericht geht die Bundeswehr davon aus, dass die Türkei dem Flugzeug wegen des Reiseziels Armenien den Überflug blockiert hat. Hintergrund soll der türkische Völkermord an Armeniern während des Ersten Weltkrieges gewesen sein, den der Bundestag als solchen anerkennt, die Türkei aber entschieden bestreitet. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32462/36/324623649_0:120:1200:768_1000x541_80_0_0_0d28456a5bbdbaf9b431ccc904b934cb.jpg

de.sputniknews.com: **Effizientes Registrierungsverfahren für Impfstoffe: China folgt Russlands Beispiel**

Der Leiter des Russischen Fonds für direkte Investitionen (RDIF), Kirill Dmitrijew, hat sich zu dem schnellen Registrierungsverfahren von Impfstoffen in China geäußert. Laut Dmitrijew hat Russland maßgeblich zu dieser Tendenz beigetragen.

„Die Registrierung des Sinovac-Impfstoffs gegen die Coronavirus-Infektion durch ein beschleunigtes Verfahren für Notsituationen zeigt, dass viele Länder dem Beispiel Russlands

folgen. China setzt sich nun für seine Ärzte und Lehrer ein, wie dies in Russland der Fall ist, und stellt den Impfstoff für Risikogruppen bereit“, teilte der Fondsleiter mit. RDIF finanzierte die Entwicklung und Produktion des ersten russischen Corona-Impfstoffs „Sputnik V“. Dmitrijew fügte hinzu, momentan setzten sich mehr als 10 RDIF-Partnerländer mit dem beschleunigten Verfahren für die Registrierung von Präparaten und Vakzinen gegen das Coronavirus auseinander, welches Russland vorgemacht habe. Bei diesem Prozess würde die Sicherheit der Medikamente nachgewiesen sowie das Prinzip der menschlichen Adenoviren zur Anwendung kommen, wie dies bei dem bereits ersten registrierten Impfstoff Sputnik V der Fall sei.

China erlaubte Ende Juni das Impfprogramm per Notverordnung. Laut dem Chef des chinesischen Impfstoffherstellers Sinopharm, Yang Xiaoming, nahmen inzwischen mehr als 20.000 Menschen an der Erprobung des von ihnen entwickelten Vakzins teil. Neben Sinopharm arbeiten in China Hersteller wie Sinovac und CanSino an einem Impfstoff. Hinter zwei der wenigen potenziellen Impfstoffe weltweit, die ein fortgeschrittenes Entwicklungsstadium erreicht haben, stehen laut WHO chinesische Hersteller, die mit anderen Ländern in der abschließenden Phase III der Entwicklung zusammenarbeiten. In dieser praktischen Testphase soll gezeigt werden, ob ein Impfstoff tatsächlich vor einer Infektion schützt. Noch konnte dies jedoch bei keinem Impfstoff nachgewiesen werden. ...

abends:

deu.belta.by: Russischer Experte: In Belarus wird heute der Plan für eine farbige Revolution umgesetzt

Was heute in Belarus geschieht, ist längst aus den Masterplänen für farbige Revolutionen bekannt. Diese Meinung äußerte Experte des Büros für militärpolitische Analysen (Russland) und Politikwissenschaftler Wladimir Jeranosjan im Interview mit BelTA.

„Wir sehen, wie heute in Belarus die farbige Revolution vorbereitet wird. Nach einem Masterplan mit erprobten und bekannten Mechanismen, Algorithmen und Manipulationen im Bereich des Social Engineering. Dass wir es in Belarus mit den Methoden einer Farbrevolution zu tun haben, steht außer Zweifel“, erklärte Jeranosjan. „Der Wagen rollt und kann nicht stoppen. Die Menschen, die sich in eine Masse verwandelt haben, lassen sich nicht nur von Fremden willenslos manipulieren, sondern werden selbst zu aktiven Tätern.“

„Die Protestierenden nehmen ihre Handlungen als eine Art Spiel oder Flashmob wahr und können nicht begreifen, dass dieser Weg in den Abgrund führt. Viele, die auf Proteste gehen oder sich anderswie engagieren, sind ehrgeizig und wollen in dieser Situation nur punkten. Sie hoffen auf sozialen Aufstieg oder auf finanzielle Unterstützung Dritter. Wer sich heute über den aktuellen Stand der Dinge entrüstet, kann sich einer Sache nicht bewusst werden: In einer Zeit des totalen Chaos und der Gewalttätigkeit werden sich ihre angebliche Führerschaft und die Hoffnung auf irgendwelche vermeintliche Karriere einfach in der Luft auflösen“, sagte der Experte.

„Was aber besonders bitter ist, ist die Tatsache, dass im stabilen Seenland Belarus ausgerechnet die größten Maidan-Ansätze getestet werden. Manche nennen die Revolution in Belarus sogar die Blumenrevolution“. Der Politikwissenschaftler wünschte den Menschen in Belarus Frieden und rief sie auf, sich nicht in das Blutbad hineinziehen zu lassen.

de.sputniknews.com: Warum ist Minsk für Merkel und Macron nicht erreichbar?

Alexander Lukaschenko hat es abgelehnt, mit Angela Merkel und Emmanuel Macron zu telefonieren, als sie ihn anriefen. Der weißrussische Präsident wisse ohnehin, was die Bundeskanzlerin und der französische Präsident sagen wollten, erklärt ein Experte im Sputnik-Gespräch.

In Bezug auf die Lage in Weißrussland haben Merkel und Macron, dem Vernehmen nach,

nicht nur Wladimir Putin angerufen. Sie sollen auch versucht haben, den weißrussischen Präsidenten direkt zu kontaktieren, sagte der estnische Regierungschef Jüri Ratas gegenüber Medien: „Bitten um ein Telefongespräch wurden von den beiden europäischen Führungspolitikern auch an Minsk gerichtet – an Alexander Lukaschenko, der darauf nicht einging und den Telefonhörer nicht abhob.“

„Lukaschenko weiß nur zu gut, was die Kanzlerin und der französische Präsident ihm mitteilen wollten“, sagt der Politologe Alexander Assafow im Sputnik-Gespräch. „Sie hätten nichts anderes gefordert, als dass Lukaschenko einen Dialog anfangen und auf die Forderungen der Protestierenden eingehen solle. Nur haben die Protestierenden keine Forderungen außer nach einer bedingungslosen Kapitulation und nach sofortigem Rücktritt Lukaschenkos ohne Wenn und Aber.“

Laut Bundeskanzlerin Merkel hat Lukaschenko vorher bereits mehrfach ein Telefonat mit ihr abgelehnt. Stattdessen ließ der weißrussische Präsident über seinen Amtskollegen Putin der Bundeskanzlerin ausrichten, sie möge sich aus den Angelegenheiten seines Landes heraushalten.

Auf den Vorschlag von Emmanuel Macron, einen Dialog zwischen der weißrussischen Führung und der Opposition in die Wege zu leiten, reagierte Lukaschenko indes mit dem Gegenvorschlag, sich als Vermittler zwischen dem französischen Präsidenten und den „Gelbwesten“ einsetzen zu können.

Im Moment lege Lukaschenko eine Pause im Kontakt zur europäischen Führung ein, sagt der Politologe Assafow. Diese Pause sei für den weißrussischen Präsidenten sehr wichtig, denn: „Es gelingt ihm mittlerweile, seine Position innerhalb Weißrusslands zu festigen. Die Proteste verlieren an Spannung und Momentum, werden zur Normalität. Es kommt zu Kundgebungen pro Lukaschenko: Die Weißrussen haben das Dauerchaos auf den Straßen langsam satt.“ Deshalb die strategisch eingelegte Pause. „Wenn Lukaschenko sich jetzt vor westlichen Politikern rechtfertigen und eine Bereitschaft zum Dialog mit der Opposition zeigen würde, dann würde er bei seinen Bürgern im Inland an Ansehen verlieren. Er muss jedoch bis ins Letzte konsequent bleiben.“

Mit den Kollegen aus Europa könne sich Lukaschenko später immer noch unterhalten, sagt der Experte. „Im Moment aber zeigt Lukaschenko, dass es ihm nur auf einen Politiker ankommt. Nicht auf Merkel und Macron, mit ihren zweifelhaften Forderungen, sondern auf Putin. Nach vielen Treffen und Gesprächen mit Putin ist Lukaschenko überzeugt, mit dem russischen Präsidenten einen gemeinsamen Standpunkt gefunden zu haben bezüglich dessen, was in Weißrussland politisch abläuft.“



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/14/327755068_0:115:3159:1824_1000x080_0_1_cd649dc4e706730a3f65dfc2ee562c44.jpg

deu.belta.by: **Sjuganow: Bruderschaft belarussischer und russischer Völker wird auf**

raffinierte Weise angegriffen

Der Fraktionsvorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation in der Staatsduma, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation Gennadi Sjuganow, hat sich in einem Schreiben an die Präsidenten von Belarus und Russland, Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin, gewandt. Der Pressedienst der Kommunistischen Partei hat den Text dem BELTA-Büro in Moskau übermittelt.

„Die Völkerunion von Russland und Belarus erlebt einen historischen Moment“, heißt es im Dokument. „Unsere jahrhundertelange Bruderschaft des Kampfes, der Siege und der gemeinsamen Existenz wird durch raffinierte Angriffe von außen und von innen bedroht. Jene Kräfte, die die Einheit russischer und ukrainischer Völker vernichten wollen, setzen ihren abscheulichen Plan nun auch in den russisch-belarussischen Beziehungen um.“

Gennadi Sjuganow brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Union von Belarus und Russland eine Grundlage für wirtschaftliche, politische und militärische Sicherheit bildet und ein Schlüsselement der Sicherheit der GUS- und EAWU-Mitglieder ist. „Das erlegt uns allen eine besondere Verantwortung auf“, schrieb er.

„Ein zynischer Angriff auf Belarus wurde lange geplant. Heute steht er im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen am 9. August. Sein strategisches Ziel ist die Zerstörung der belarussischen Staatlichkeit und unseres Unionsstaates, Schwächung der GUS-Länder und Unterbrechung ihrer Integrationsbeziehungen“, betonte der Kommunisten-Chef.

Belarus sei es gelungen, das Beste aus der Sowjetzeit zu bewahren und zu vermehren. „In den letzten 25 Jahren hat Belarus für ein nachhaltiges Wachstum gesorgt. Wenn es den antinationalen Kräften unter dem Diktat der Kuratoren aus Washington, Warschau und Vilnius gelingt, einzigartige Errungenschaften zu zerstören, wird dies das Ende der jungen belarussischen Staatlichkeit bedeuten. Das würde auch den Interessen Russlands einen schweren Schlag versetzen und es seines wichtigsten und zuverlässigsten Verbündeten auf dem Kontinent berauben. Das würde die Sicherheit und Stabilität im gesamten eurasischen Raum gefährden“, ist sich Gennadi Sjuganow sicher.

Der Chef der Kommunisten schlug ein vorrangiges Aktionsprogramm vor, das zur Stärkung der belarussisch-russischen Zusammenarbeit beitragen solle. Es umfasst folgende Punkte: regelmäßige gemeinsame Sitzungen der Regierungen von Belarus und Russland; Gewährleistung einer effektiven Arbeit des Unionsparlaments; Ausweitung der für beide Seiten vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit; maximale Stärkung der Interaktion zwischen den Regionen der beiden Länder durch die Schaffung eines breiten Netzes von Joint Ventures; erhebliche Erhöhung der Studierendenquote an russischen Hochschulen für belarussische Studenten; Organisation eines regelmäßigen akademischen Austausches an der Russischen Akademie der Wissenschaften; Schaffung russisch-belarussischer Studentenbrigaden; gemeinsame Bekämpfung der Coronavirus-Infektion; Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien.

„Die Freundschaft zwischen Russland und Belarus, die Stärkung der jungen belarussischen Staatlichkeit und des Unionsstaates als Ganzes ist der Schlüssel für unser gemeinsames Überleben und eine erfolgreiche Entwicklung“, betonte Gennadi Sjuganow.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1598631436_52317_big.jpg

vk-Seite der Volksmiliz der LVR: **Dringende Erklärung der Volksmiliz der LVR**

Trotz des geltenden Waffenstillstands haben Kämpfer der BFU ein weiteres Mal ihre Verpflichtungen zur Einhaltung der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung verletzt.

Heute haben von ihren Kommandeuren nicht kontrollierte Kämpfer der 14. Brigade eine **Feuerprovokation mit Schusswaffen in Richtung unserer Positionen im Gebiet von Golubowskoje** begangen und so den zweiten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt, nämlich das Verbot zur Eröffnung von Feuer, einschließlich Scharfschützenfeuer. Das Feuer des Gegners erfolgte nicht zielgerichtet, Gefahren für unsere Verteidiger und die Einwohner der Republik bestand nicht.

Die Einheiten der Volksmiliz gehen auf die Provokationen des Gegners nicht ein und halten den geltenden Waffenstillstand streng ein.

Wir rufen die ukrainische Seite auf, alle Punkte der Zusatzmaßnahmen zu erfüllen, und die Vertreter der internationalen Organisationen, die ukrainische Führung zu zwingen, von Handlungen, die in der Lage sind eine Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie zu provozieren, Abstand zu nehmen.